

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. — Bezugspreis freibleibend für den Monat 0,90 RM.
Donnerstags: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.
Sonnabends: Die illustrierte Sonntagsbeilage.
In zwangloser Folge: Blätter zur Pflege der Heimatliebe.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.



Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigehaltene Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Schriftleiter: Hans Säden, Baruth (Märk).
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Säden, Baruth (Märk).
Fernsprecher Nr. 217. — Postfachnummer: Berlin Nr. 345 40.
Für Anzeigen an vorgezeichneten Tagen, ferner für unendlich gedruckte Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 83 Donnerstag, den 13. Juli 1933

Die deutsche Revolution siegreich abgeschlossen.

Reichsinnenminister Dr. Frick hat an sämtliche Reichsstatthalter und Länderregierungen ein Rundschreiben gerichtet, in dem er sie anweist, jede Nebenregierung von Kommissaren oder Sonderbeauftragten rücksichtslos auszuschalten, um der Wirtschaft die notwendige Ruhe für den Wiederaufbau zu gewährleisten. Das Rundschreiben Fricks hat die letzten Ansprachen des Führers Adolf Hitler zur Grundlage und unterstreicht die Notwendigkeit der Beruhigung von Volk und Wirtschaft. — Das Rundschreiben hat folgenden Inhalt:

„In seinen letzten Ansprachen an die SA-Führer und Reichsstatthalter hat der Herr Reichstanzler eindeutig festgestellt, daß die deutsche Revolution abgeschlossen ist. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist der alleinige Träger des Staates geworden. Alle Macht dieses Staates liegt in den Händen der von dem Herrn Reichstanzler allein geführten Reichsregierung, in der alle entscheidenden Vertreter mit zuverlässigen Nationalsozialisten besetzt sind.“

Die siegreiche deutsche Revolution in das Stadium der Evolution, d. h. normaler gesetzmäßiger Aufbauarbeit, getreten.

Wichtigste Aufgabe der Reichsregierung ist es nunmehr, die in ihr vereinigte totale Kraft geistig und wirtschaftlich zu differenzieren. Diese Aufgabe wird jedoch auf das schwerste gefährdet, wenn weiterhin noch von einer Fortsetzung der Revolution oder von einer zweiten Revolution geredet wird. Wer jetzt noch redet, muß sich darüber klar sein, daß er sich damit gegen den Führer selbst auflehnt und dementsprechend bestraft wird. Solche Meinungen stellen eine glatte Sabotage der nationalen Revolution dar und sind insbesondere geeignet, die deutsche Wirtschaft, die damit von der Reichsregierung zur Lösung des Arbeitsproblems getroffenen Maßnahmen im erfreulichen Wiederaufbau begriffen, in neuen Verwirrungen auszuwerfen und damit das deutsche Volk in seiner Gesamtheit zu schädigen. Das der Reichsregierung als Trägerin der nationalen Revolution in steigendem Maße entgegengebrachte Vertrauen, das gerade in der Belebung der Wirtschaft und in dem starken Absinken des Arbeitslosenstandes seinen sichtbarsten Ausdruck findet, darf unter keinen Umständen enttäuscht werden.

Jeder Versuch einer Sabotage der deutschen Revolution, wie er namentlich in unbefugten Eingriffen in die Wirtschaft und in Missachtung von Anordnungen der Träger der Staatsautorität zu erblicken ist, muß daher auf Grund der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 mit den schärfsten Maßnahmen (mindestens Schußhaft), gegen wen immer, gehandelt werden.

Soweit Eingriffe nötig und berechtigt sind, dürfen sie von nun an nur von den Trägern der Staatsautorität und auf deren ausdrückliche Anordnung und unter ihrer alleinigen Verantwortung erfolgen. Aufgabe der Herren Reichsstatthalter und der Länderregierungen, insbesondere der zuständigen Minister des Innern, ist es, wie der Herr Reichstanzler am 6. Juli dieses Jahres ausdrücklich betont hat,

mit allen Mitteln zu verhindern, daß irgendwelche Organisationen oder Parteien sich künftig noch Regierungsbefugnisse anmaßen.

Andernfalls besteht die Gefahr, daß die Gegner des Nationalsozialismus, insbesondere Kommunisten und Marxisten, versuchen werden, sich in die NSD, oder die Deutsche Arbeiterfront oder sonstige Organisationen einzuschleichen, um unter ihrem Schutze die deutsche Wirtschaft fortgesetzt zu beunruhigen und der Regierung der nationalen Revolution Schwierigkeiten zu bereiten.

Am besondern Auftrag des Herrn Reichstanzlers erlaube ich die Herren Reichsstatthalter und die Landesregierungen, die Autorität des Staates auf allen Gebieten und unter allen Umständen sicherzustellen und jedem Versuch, diese Autorität zu erschüttern oder auch nur anzuzweifeln, woher er auch kommen mag, rücksichtslos und unter Einsatz aller staatlichen Machtmittel entgegenzutreten.

Ich bitte ferner, dafür zu sorgen, daß aus diesen Gründen künftig auch von der bisher geübten Einsetzung von Kommissaren und Beauftragten Abstand genommen wird, da der unter ausschließlicher nationalsozialistischer Leitung stehende Staatsapparat in der Lage ist, die in Frage kommenden Aufgaben allein in der durchzuführen. Ich bitte daher, in eine beschleunigte Prüfung darüber einzutreten, wie die zur Zeit noch bestehenden

Kommissariate usw. auf schnellstem Wege abgebaut oder, soweit unentbehrlich, in den ordentlichen Staatsapparat eingeordnet werden können, da jede Art von Nebenregierung mit der Autorität des Totalstaates unvereinbar ist. Spätestens bis 1. Oktober d. J. bitte ich, mir mitzuteilen, auf welchen Gebieten ausnahmsweise die Beibehaltung von Kommissaren im Staatsinteresse unbedingt erforderlich erscheint.“

Großer Bauernaufmarsch nach der Ernte.

Ein Aufruf des Reichs Ernährungsministers Darré, Reichs Ernährungsminister Darré erläßt folgenden Aufruf:

„Ich habe davon Kenntnis bekommen, daß die Bauernverbände mir zu Ehren am Mittwoch, dem 12. Juli, eine Kundgebung im Berliner Lustgarten beabsichtigen. Ich danke den deutschen Bauern von Herzen für die mir zugehende Ehrung, die ich um so mehr zu würdigen weiß, als ein derartiger Aufmarsch in den Mauern Berlins noch niemals da war.“

In Anbetracht dessen, daß wir heute am Beginn der neuen Ernte stehen, bitte ich, von dem Aufmarsch abzugehen. Wir wollen warten, bis wir Bauern die Ernte geerntet und damit unsere Pflichten gegenüber dem ganzen deutschen Volk erfüllt haben. Dann wird die Zeit sein, in nächsther Kundgebung der Dankschuldigkeit die Bedeutung des deutschen Bauernums vor Augen zu führen und den ersten Bauernaufmarsch der deutschen Geschichte in der Reichshauptstadt zu einer einträchtigen Feierstunde zu gestalten.“

Die 13 Landesleiter

für Volksernährung und Propaganda ernannt.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, hat die Leiter der 13 Landesstellen für Volksaufklärung und Propaganda ernannt. Die Landesstellen fassen Gebiete zusammen, die entweder wirtschaftlich oder durch die Stammeingetragener ihrer Bevölkerung zusammengehören. Es sind folgende Landesstellen errichtet worden:

1. Landesstelle Berlin — Brandenburg — Grenzmark, umfassend die Provinzen Brandenburg und Grenzmark. Leiter: Schulze-Wechsungen (Berlin);
2. Landesstelle Hamburg — Schleswig-Holstein, umfassend Freie Stadt Hamburg und Provinz Schleswig-Holstein. Leiter: Fouquet (Hamburg);
3. Landesstelle Niedersachsen, umfassend die Provinz Hannover und die Länder Oldenburg, Bremen, Braunschweig. Leiter: Guchagen (Hannover);
4. Landesstelle Westfalen und Lippe, umfassend die Provinz Westfalen und die Länder Schaumburg-Lippe und Lippe-Deimold. Leiter: Homann (Münster);
5. Landesstelle Rheinland, umfassend die Rheinprovinz. Leiter: Tom Winkeltemper (Köln);
6. Landesstelle Sassen-Masow, umfassend die Provinz Sassen-Masow und den Freistaat Sassen. Leiter: Müller-Scheidt (Frankfurt am Main);
7. Landesstelle Baden — Württemberg, umfassend die Länder Baden und Württemberg. Leiter: Moraller, Karlsruhe;
8. Landesstelle Bayern, umfassend das Land Bayern. Leiter: Oberregierungsrat Ebner, München;
9. Landesstelle Mitteldeutschland, umfassend die Provinzen Sachsen und die Länder Thüringen und Anhalt. Leiter: Tiesler, Halle;
10. Landesstelle Sachsen, umfassend das Land Sachsen. Leiter: Salzmann, Dresden;
11. Landesstelle Schlesien, umfassend die Provinzen Ober- und Niederschlesien. Leiter: Günzer, Breslau;
12. Landesstelle Ostpreußen, umfassend die Provinz Ostpreußen. Leiter: Pabst, Königsberg;
13. Landesstelle Pommern — Weichselnburg, umfassend die Provinz Pommern und die Länder Mecklenburg-Schwerin und —Strelitz. Leiter: Neumann, Stettin.

Neben diesen Landesstellen werden in den nächsten Tagen weitere 18 Nebenstellen errichtet werden. Mit der Leitung der Landesstellen sind seit Jahren erprobte, erfahrene und befähigte Propagandisten beauftragt worden. Zu jeder Landesstelle treten in den nächsten Tagen noch je zwei Referenten, darunter je ein Presse referent. Die Aufgaben der Landes- und Nebenstellen sind außerordentlich vielseitig. Neben der Durchführung der Anordnungen des Reichsministeriums obliegt ihnen die Aufrechterhaltung enger Fühlungnahme mit der breiten Öffentlichkeit. Sie sind die dauernd wirksamen Verbindungsglieder zum Volk. Ihre vornehmste Aufgabe wird sein, an der großen geistigen Umgestaltung des Volkes richtunggebend und erfolgreich mitzuarbeiten.

Botschafter Nadolny 60 Jahre.

Der Führer der deutschen Abordnung auf der Weltabrisungs-Konferenz, Botschafter Nadolny, ist 60 Jahre alt geworden. Nadolny stammt aus Ostpreußen, wo seine Vorfahren seit dem 14. Jahrhundert als Landwirte ansässig waren. 1902 trat er als Professor in das auswärtige Amt ein. 1907 wurde er Legationsrat im auswärtigen Amt. In den nächsten Jahren erhielt er verschiedentlich Sonderaufträge. Bis zum Kriegsausbruch war er deutscher Geschäftsträger in Durazzo.



Während des Krieges wurde ihm das Referat für Ostpolitik im auswärtigen Amt übertragen. Nach dem Umsturz 1918 wirkte er als außenpolitischer Berater der Kanzlei des Reichspräsidenten. 1920 wurde er als Gesandter nach Stockholm entsandt. Im Mai 1924 wurde er deutscher Botschafter in der Türkei. Januar 1932, kurz vor Beginn der Weltabrisungs-Konferenz, wurde er Führer der deutschen Abordnung auf dieser bedeutenden Genfer Tagung. Die Sache Deutschlands, vor allem der Anspruch auf Gleichberechtigung, fand in Nadolny einen energiegelassen Verfechter.

Die begonnene Arbeitsschlacht.

Rundfunkrede des Staatssekretärs Dr. Reinhardt.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Dr. Reinhardt, sprach Dienstag abend über alle deutschen Sender zu dem Thema: „Die begonnene Arbeitsschlacht.“ Staatssekretär Reinhardt erklärte u. a., das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni dieses Jahres stelle den ersten Großangriff der Regierung Hitler gegen die Arbeitslosigkeit dar. Dann erläuterte der Staatssekretär den Abschnitt des Gesetzes, der die

Förderung der Eheschließungen zum Gegenstand hat. Er wies dabei auf die von ihm herausgegebene Schrift hin, die alles enthalte, was die jungen Volksgenossen und Volksgenossinnen, die heiraten und zu diesem Zweck ein Ehestandsdarlehen erhalten wollten, wissen müßten. Diese Schrift sei von der nächsten Woche ab bei allen Standesämtern erhältlich. Die Auswirkungen des Gesetzes zur Förderung der Eheschließungen wurden bereits im letzten Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung dahin gekennzeichnet, daß die Möbelindustrie durch das Gesetz einen neuen Aufschwung erhalten habe.

Auch die Bestimmungen des Gesetzes vom 1. Juni, die die Ueberführung weiblicher Arbeitsträger in die Hauswirtschaft bezwecken, beginnen sich bereits auszuwirken. Nach dem letzten Bericht der Reichsanstalt sei trotz der heißen Zeit auf dem Arbeitsmarkt für Hausgehilfen in fast allen Bezirken des Reiches eine merkliche Entlastung eingetreten.

Dann beschäftigte sich der Redner eingehend mit dem ersten Abschnitt des Gesetzes vom 1. Juli, der die Bedingungen enthalte, unter denen Darlehen und Zuschüsse auf Grund der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Gesamtbetrag von einer Milliarde Reichsmark gewährt werden. Allen Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperchaften sei zu empfehlen, die Bestimmungen der hierzu erschienenen Durchführungsverordnung vom 1. Juli dieses Jahres gründlich zu studieren. Es komme darauf an, daß schnell gehandelt werde, und daß aller übermäßiger Bürokratismus bei der Behandlung der Anträge ausgeschaltet werde.

Es sei zu wünschen, daß die Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperchaften ihre Anträge noch in diesem Monat, möglichst noch in der laufenden Woche, einbringen.

Ausicht auf Erfolg hätten nur solche Anträge, denen einwandfreie Pläne und Berechnungen zugrunde lagen und denen die erforderlichen Unterlagen beigegeben seien. Besonders sei darauf hinzuweisen, daß Arbeiten, deren Finanzierung ganz oder teilweise aus den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfolge, nur an solche Unternehmer vergeben werden dürfe, die sich verpflichten, die Arbeitszeit in ihren Unternehmen bis zum 30. Juni 1934 höchstens 40 Stunden wöchentlich umfassen zu lassen. Durch diese und ähnliche Bestimmungen solle erreicht werden, daß zur Durchführung der Arbeit nur bisherige Vollarbeitskräfte herangezogen würden. Ende dieser Woche wird die Durchführungsverordnung über die Steuerfreiheit für Ertragsbeschaffungen ergehen. Von den Bestimmungen über die Steuerfreiheit von Ertrags-